



Bebauungsplan Nr. 72 A (Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 72) Für den Südstadtfriedhof im Gebiet südlich „An den Osterstücken“ zwischen Marienbur- ger Straße und Stadtgrenze Maßstab 1:1000

Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschriften außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder ihm widersprechen.

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen Reine Wohngebiete Allgemeine Wohngebiete Kleinsiedlungsgebiete Gemischte Bauflächen Mischgebiete Kerngebiete Ortsgebiete Basisflächen Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Firstrichtung	Gewerbliche Bauflächen Industriegebiete Sonderbauflächen Sondergebiete, z. B. Ladengebiete Schule Kindertagesstätte Kirche	III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze III Zahl der Vollgeschosse je Grundstück 0,2 Grundflächenzahl 1,0 Geschossflächenzahl 3,0 Baumassenzahl Offene Bauweise nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig nur Hausgruppen zulässig Geschlossene Bauweise
---	--	---

Verkehrsflächen Straßenverkehrsflächen Öffentliche Parkflächen Straßenbegrenzungslinie Verkehrsverbot Stadtblockfläche: Diese Fläche ist von Straßen über 8,00 m hohe Freizeitanlagen, Einzelne hochstielige Bäume sind zulässig.	Weitere Nutzungsarten Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformstationen Mit Geh-, Fahr- und Leitungsräumen zu belastende Flächen Führung oberirdischer Versorgungsanlagen Arkaden Auskragung Flächen für Aufschüttungen	Flächen für Stellplätze oder Garagen St Ga GSt GGa
---	--	---

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft Flächen für die Landwirtschaft Flächen für die Forstwirtschaft Flächen für Land- oder Forstwirtschaft	Bestandsangaben Wohngebäude Wirtschafts- und Industriegebäude Wasserflächen, Häfen Friedhof Parkanlage Sportplatz
---	--

Nachrichtliche Übernahmen Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L) Wasserschutz- (W), Quellschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (Ü) Flächen für Bahnanlagen Überirdische Versorgungsanlage 110 kV-Linie mit beidseitiger 27,00 m breiter Schutzstreifen, dessen innerer Schutzstreifen darf eine Höhe von 5,00 m nicht überschreiten, gem. VDE-Vorschriften.	Bestandsangaben Wohngebäude Wirtschafts- und Industriegebäude Wasserflächen, Häfen Friedhof Parkanlage Sportplatz
--	--

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

In Bebauungsplangebiet sind bauliche und sonstige Anlagen, wenn sie nach Zweckbestimmung der Eigentümer des Gebietes widersprechen, nicht zulässig.
Die erforderlichen Stellplätze sind innerhalb des Friedhofgrundstücks nachzuweisen.

Die Planunterlagen entsprechen den Anforderungen des § 1 der Planzeichenvorschriften vom 18. 1. 1965. Hildesheim, den 6. 2. 1970 Stadtvermessungsamt St. Roesler Stadtvermessungsleiter	Für die Aufstellung des Planentwurfs Hildesheim, den 9. 2. 1970 Stadtplanungsamt H. R. R. R. Stadtplanungsleiter	Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 1. 3. 1971 zugestimmt. Hildesheim, den 14. 12. 1971 Stadtbaureferat H. R. R. R. Stadtbaureferat	Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 1. 3. 1971 ... bis 25. 5. 1971 ... zu jedem Mann Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Auslegung ist am 15. 5. 1971 ... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden. Hildesheim, den 14. 12. 1971 Stadtbaureferat H. R. R. R. Stadtbaureferat
Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgelegten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 1. 3. 1971 zugestimmt. Hildesheim, den 14. 12. 1971 Stadtbaureferat	Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 1. 1965 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 18. 10. 1971 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigefügt. Hildesheim, den 14. 12. 1971 Oberbürgermeister H. R. R. R. Oberbürgermeister	GENEHMIGT gem. § 11 des Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 34) nach Maßgabe meiner Verfügung vom heutigen Tage. Hildesheim, den 14. 12. 1971 Der Regierungspräsident im Auftrage H. R. R. R. Regierungspräsident	Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 1. 6. 1973 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 1. 6. 1973 ... Hildesheim, den 1. 6. 1973 Stadtbaureferat H. R. R. R. Stadtbaureferat